



Die Modernisierung der Bergbauanlage im Steinbruch muss vorerst warten. Die Berufungsbehörde gab den Steinbruch-Anrainern recht.

FOTO: SCHWARTZ

**BESCHIED** / Das Land hat der Berufung von 43 Anrainern stattgegeben. Aufgrund einer „Auslegungssache“ darf die Bergbauanlage vorerst nicht erweitert werden.

## Steinbruch: Anlage wird vorläufig nicht erweitert

**BEZIRK BRUCK** / „Es ist ein großer Erfolg, dass der Berufung stattgegeben wurde“, meinte Peter Reichel von der Bürgerinitiative Pfaffenberg.

Anrainer Günter Schobesberger, der separat zur Initiative Berufung einlegte und Recht bekam, sieht darin den ersten Schritt in Richtung Schließung des Betriebes.

Insgesamt 43 Anrainer hatten gegen den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft zur Bewilligung für die Errichtung und den Betrieb einer Bergbauanlage durch die Hollitzer Baustoffwerke Betriebs-Gesellschaft mbH berufen.

Auch die Stadtgemeinde Hainburg hat gegen die Errichtung der Anlage berufen. Allerdings wurde die Berufung von der Behörde als unzulässig zurückgewiesen, da die Gemeinde in diesem Fall keine Parteistellung inne hat.

**Einreichungsfehler machte Teilerfolg möglich**

Der Berufung wurde aufgrund eines „Einreichungsfehlers“ durch den Steinbruchbetreiber von der Berufungsbehörde stattgegeben. Der Fehler liegt darin, dass die Firma Hollitzer um die Bewilligung zur Errichtung einer Bergbauanlage angesucht hat.

Laut dem Schreiben der Berufungsbehörde könne eine Errichtungsbewilligung nicht erteilt werden, da es sich um eine bereits bestehende Bergbauanlage handelt, die nur modernisiert werden soll.

Für Hollitzer-Geschäftsführer Bernd Wanivenhausen ist das eine reine „Auslegungssache“. Laut Wanivenhausen hat die Hollitzer Baustoffwerke Betriebs-Gesellschaft mbH bezüglich der Bergbauanlage „bestehendes Recht“ und freiwillig um eine Modernisierung der Anlage angesucht. „Die Bezirkshauptmannschaft muss das noch überprüfen und uns dann mitteilen wie wir weiter vorgehen sollen“, so Wanivenhausen.

Die Entscheidung, ob das Projekt nun neu eingereicht werden muss, obliegt der Bezirkshauptmannschaft.

### ZAHLE DER WOCHE

**30.000** Quadratmeter wurden in Sommeren zum „Zukunftsbereich“ erklärt. Dort sollen in einem Langzeitprojekt 250 neue Wohneinheiten entstehen. In einer ersten Phase werden 20 bis 25 Wohneinheiten errichtet.